

Rezensionen

Faludi, Andreas; Waterhout, Bas: The Making of the European Spatial Development Perspective – No Masterplan. The RTPI Library Service No. 02, 204 S. – London, New York: Routledge 2002

Die beiden niederländischen Verfasser sprechen einen breiten europäischen Leserkreis mit ihrer englischsprachig verfassten Arbeit an, in der sie den Werdegang des Europäischen Raumordnungskonzepts („EUREK“) ausführlich nachzeichnen, eine Status-quo-Analyse vornehmen und schließlich mögliche Handlungsalternativen der politischen Akteure für eine künftige europäische Raumplanungsentwicklungspolitik skizzieren. Sie geben damit einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit einen umfassenden Einblick in eine Materie, die jenseits eines engeren Kreises von Ministerialbeamten und Experten, der kontinuierlich mit der europäischen Raumordnungsproblematik von Amts wegen befasst ist, durchweg nur in Ausschnitten zur Kenntnis gelangt sein dürfte.

Das Studium der Schrift verlangt freilich von seinen deutschen Lesern einige Konzentration, sich in die detailreiche englischsprachige Darstellung zu vertiefen, zumal dabei etwa die vielen als Kürzel für bestimmte erzielte Verhandlungsergebnisse dienenden Konferenzort-Bezeichnungen und die zahlreichen institutionellen Abkürzungen dauernd präsent sein müssen. Schmerzlich wird klar, dass Euro-Englisch inzwischen die „lingua franca“ der Raumplanung in Westeuropa ist und die deutsche Raumordnungsbegrifflichkeit allenfalls noch ein begrenztes nationales Publikum erreicht.

Das Buch befasst sich weniger mit dem EUREK als solchem, sondern mit seinem Werdegang (dem „making“), seiner künftigen Fortentwicklung und Umsetzung, sowie den dazu zu ergreifenden inhaltlichen und organisatorischen Schritten. Im Gegensatz zu einer sich durchweg eher um Systematisierung bemühen deutschen Wissenschaftspraxis wählen die Verfasser einen eher historisierend-genetischen Darstellungsansatz, dem mancher Leser zunächst skeptisch begegnen mag. Bei näherer Befassung erweist sich der beschrittene methodische Ansatz jedoch als äußerst effizient und aussagekräftig: Die komplexen Zusammenhänge gewinnen über die Darstellung der unternommenen Zwischenschritte und der dabei erzielten Zwischen-, Teil- und Endergebnisse und durch die Benennung der involvierten institutionellen Akteure und Personen auf den verschiedenen gemeinschaftlichen und mitglied-

staatlichen Organisationsebenen eine unerhörte Plastizität, so dass sich die zunächst recht trocken erscheinende Materie in weiten Teilen so spannend wie ein gut recherchierter Spiegel-Artikel liest.

Das Vorwort mit dem nachfolgenden, die Grundlagen und den Kontext aufzeigenden Kapitel 1 sowie der Ausblick (Kapitel 10) und der abschließende Epilog zeigen die gedankliche Struktur auf, an der sich die dazwischen liegenden Kapitel orientieren, die die von Sitzung zu Sitzung der entsprechenden Gremien erzielten Fortschritte der Arbeiten am EUREK darstellen.

Dabei werden die im Laufe der Zeit teilweise stark geänderten Positionen der einzelnen beteiligten Mitgliedsländer und der Kommission, repräsentiert insbesondere durch die DG XVI (heute: „Regio“), detailliert nachgezeichnet. Indes wird darauf verzichtet, auf die vielen inhaltlich stark differierenden inner-mitgliedstaatlichen Raumordnungsauffassungen und -ideologien detailliert einzugehen. Die insoweit bestehenden Antinomien werden so nicht unbedingt offen gelegt, so dass ein aus etwa missverstandener nationaler Position resultierender Leserunwillen gar nicht entstehen kann. Insofern wird auch die im europäischen Kontext zu konstatierende gewisse ideologische Isolation des deutschen Raumordnungskonzepts allenfalls ansatzweise problematisiert. Vielmehr zollen die Verfasser den für die deutsche Bundesraumordnung politisch, administrativ, wissenschaftlich unterstützend tätig gewordenen Stellen und Personen hohe Anerkennung, wobei Leipzig und Potsdam kürzelhaft für einen maßgeblichen deutschen (EUREK) Initiativ-Einfluss bzw. für den deutschen Anteil an der schließlich erzielten Schlussentscheidung stehen.

Die Beschreibung der Organisations- und Verfahrensabläufe ist verwaltungswissenschaftlich außerordentlich aufschlussreich hinsichtlich der Praxis und der ihnen zu Grunde liegenden Verfahrens- und Organisationsprinzipien, die etwa die Wahrnehmung informeller Aufgaben im Zusammenwirken zwischen EU und Mitgliedstaaten strukturieren. Der als so genanntes Kompetenzproblem bezeichnete vielschichtige Fragenkomplex des Zusammenwirkens zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten (mit ihren Untergliederungen und -organisationen) auf dem Gebiet der Europäischen Raumordnung ist bislang kompetenziell-organisatorisch und inhaltlich auch nach Verabschiedung des EUREK nicht abschließend gelöst und ist auch

dadurch nicht in bestimmter Richtung determiniert. Durch den Untertitel, dass es sich bei der Verabschiedung nicht um einen „Masterplan“ handele, wird dies von den Verfassern unterstrichen.

Bei aller Faszination, die eine Rückschau auf die Entwicklung des EUREK auszuüben vermag, interessiert natürlich besonders die Einschätzung der Verfasser, welches die Rahmenbedingungen und Aussichten für die Weiterarbeit am EUREK sein dürften. Die Schlusskapitelüberschrift, wonach der die Musik bestimme, der sie bezahle, verdeutlicht, dass sich die gemeinschaftlich-mitgliedstaatlichen Organisationsformen der Berichtsperiode möglicherweise nicht in die Zukunft projizieren lassen. Die mitgliedstaatlichen finanziellen Kraftanstrengungen für das Zustandekommen des EUREK, die in starkem Maße von der Bundesrepublik Deutschland und dort von einer im finanzstarken Verkehrsministerium ressortierenden Raumordnung mitgetragen worden sind, müssen wohl zu Lasten eines verstärkten finanziellen Engagements der Kommission zurückgenommen werden, freilich um den Preis kompetenzieller Zugeständnisse zu Gunsten der Kommission unter Verzicht auf ein kommissions-unkontrolliertes mitgliedstaatliches Zusammenwirken. Die föderalen Vorstellungen kooperativen Zusammenwirkens zwischen Mitglieds- und Zentralebene, die in Deutschland den kooperativen Föderalismus bestimmen und länderspezifisch gern in Bezug auf die Europäische Raumordnungspolitik entsprechend auf die EU-Ebene übertragen würden, scheinen danach ausgeträumt zu sein und machen wohl den Abschied von manchen früheren deutschen Vorstellungen zu einer europäischen Raumordnungspolitik auf der Basis einer mitgliedstaatsgetragenen Kooperation, die auch der Rezensent lange geteilt hat, erforderlich.

Bestimmte auf der Basis langjähriger Praxis von allen Beteiligten (Mitgliedstaaten und Kommissionsvertretern) akzeptierte (sog. *acquis*) Verfahrensmodalitäten im Zuge periodisch wechselnder Ratspräsidentschaft, etwa das sog. Troika-Geschäftsführungsmodell für den zuständigen Ausschuss (CSD), dürften nach Einschätzung der Verfasser künftig zu Gunsten einer stärker kommissionsgesteuerten Subkommissions-Lösung zurücktreten, die bereits mit dem Ergebnis einer kommissionsmäßigen Zweigleisigkeit unter zunächst parallelem Fortbestand der alten Kommissionslösung ins Werk gesetzt wurde. Dabei spielt eine Rolle, dass sich die neue Lösung in den Rahmen des allgemeinen EU-Konzepts der Erledigung von Aufgaben in nachgeordneten Ausschüssen (sog. EU-Comitologie) einpasst. Indes zeigt die Kommission gegenwärtig noch eine gewisse Zurückhaltung, sich auf breiter Ebene durchzusetzen, weil sie sich damit zu der im Vertrag von Amsterdam, bestä-

tigt durch den Vertrag von Nizza, versprochenen Zurückhaltung im Hinblick auf eine weitere Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der EU bzw. zu dem EUvertraglich verankerten Subsidiaritätsprinzip in Widerspruch setzen könnte. Bereits in Umsetzung befinden sich weiter einzelne in Tampere vereinbarte Aktionsfelder für den Vollzug des EUREK. So ist etwa die geforderte wissenschaftliche Datensammlung und Raumbewertung im Rahmen von ESPON auf den Weg gebracht worden. Die Befassung mit der Zukunft des EUREK bleibt indes für die europäische Raumplanungswissenschaft und -politik eine Daueraufgabe, zu deren Bewältigung von den Verfassern in Fortschreibung dieser Veröffentlichung hoffentlich weitere ebenso beachtliche Forschungsbeiträge zu erwarten sind.

Carl-Heinz David (Dortmund)

Kaup, Markus: Entwicklungs- und Erfolgsfaktoren für Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen in Deutschland und der EU im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. – Köln: Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut der Universität zu Köln 2002. XVIII, 299 S., Kt., Abb., Tab., Anh., Lit. = Kölner Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, Bd. 52

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffe eröffnen Chancen, um die derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen (z.B. Nachhaltigkeit, Ressourcenknappheit) effizient zu bewältigen. Auch im Sinne einer Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie können derartige Produkte eine effiziente Lösung darstellen.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass derartige Produkte markt- und wettbewerbsfähig sind. Die Arbeit enthält in diesem Kontext eine zusammenhängende Analyse der ökonomischen und politischen Faktoren, welche die zukünftige Marktentwicklung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen in Deutschland und der EU entscheidend beeinflussen.

Mittels empirischer Erhebungen von markt- und wettbewerbsrelevanten Daten zu den Produkten Naturfaser-Verbundwerkstoffe, Bio-Kunststoffe und Bio-Schmierstoffe werden maßgebliche Erfolgsfaktoren identifiziert. Diese Faktoren können auch als eine Entscheidungsgrundlage für die weitere Ausrichtung von Fördermaßnahmen und Unternehmensstrategien dienen.

(N.N.)

Mückenberger, Ulrich; Menzl, Marcus (Hrsg.): Der Global Player und das Territorium. – Opladen: Leske + Budrich 2002. 347 S., Abb., Tab., Lit. = Schriftenreihe der HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Bd. 10

Einerseits „leben“ Regionen und Kommunen von den Steuereinkünften und den Arbeitsplätzen, die aus Unternehmensaktivität resultieren. Andererseits müssen sie dabei aber oft negative Umwelteinflüsse und Verkehrsaufkommen seitens der Unternehmen hinnehmen und sich auch teilweise schmerzhaften Unternehmensentscheidungen beugen. Die Unternehmen hängen ihrerseits wiederum von ihrem Umfeld ab: So wären ihre Leistungskraft und Marktpräsenz stark gemindert ohne eine akzeptable Infrastruktur (politische Unterstützung, Straßenausbau, ÖPNV, Kinderbetreuung, Kultur, Qualifizierung durch Bildung/Ausbildung sowie ein positives Image in der Bevölkerung und in den Medien) und ohne damit einhergehende Arbeits- und Lebensqualität.

„Territorium“ im Titel des Bandes meint den örtlichen Nahbereich in Regionen, Landkreisen oder Gemeinden, mitsamt der Vielzahl der unternehmensinternen und –externen „Interessenträger“ im politischen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Bereich, die sich um die Arbeits- und Lebensqualität dieses Territoriums bemühen oder Interesse daran zeigen. Das Verhältnis zwischen Unternehmen und diesem regionalen bzw. lokalen Umfeld ist zumeist nicht spannungsfrei. Zwar wollen alle Beteiligten eigentlich ein hohes Qualitätsniveau der Region. Doch gibt es bei der gemeinsamen Anhebung des Qualitätsniveaus vielfache Schwierigkeiten: Einerseits können Regionen und Kommunen die Unternehmen nicht zu kooperierendem Verhalten veranlassen, weil sie von deren Finanzkraft und Investitionsentscheidungen abhängig sind. Andererseits können die Unternehmen diesbezüglich meist nicht gemeinsam handeln, weil es unter ihnen immer „Free-rider“ gibt, die zu ernten versuchen, was andere gesät haben. So bleibt vielfach alles beim Alten.

Derzeit gibt es aber Anzeichen, dass diese Dilemmata an Intensität verlieren könnten, dass gewisse Spielformen einer neuen umweltbezogenen und sozialen „Verantwortlichkeit“ von Unternehmen für ihr Umfeld entstehen, mitverursacht auch durch neue gesetzliche Hintergrundregelungen. Dieser (möglichen) Trendwende gilt das vorliegende Buch, und dies besonders mit Blick auf „Global Players“, also weltweit operierende Unternehmen (hier unter besonderer Berücksichtigung von Unternehmen der Automobilbranche).

Mit der Frage dieses Buches, ob die Global Players heutzutage zu dem Territorium, in dem sie agieren, zuneh-

mend ein Verhältnis sozialer und umweltbezogener Verantwortung einnehmen, sollte gleichzeitig gefragt werden, ob sich darin tatsächlich eine neuartige und veränderte Wirklichkeitswahrnehmung und Praxis zeigt oder ob es sich bei entsprechenden Willensbekundungen der Unternehmen nicht ggf. nur um eine neuartige „Politik-Lyrik“ handelt, um als „modern“ eingestuft zu werden. Der Beantwortung dieser Frage wird an Beispielen einer bestimmten Regionskategorie nachgegangen, und zwar anhand verschiedener Regionen, die durch eine Beziehung zu einem einzelnen, dominanten Global Player geprägt sind, und zwar der Autoindustrie (die Region Südostniedersachsen (VW), Piemont (Fiat), Detroit (Ford) und Belfort/Montbéliard (Peugeot/Citroen)). Die Antworten mit Blick auf den jeweiligen Grad sozialer Verantwortlichkeit fallen unterschiedlich aus, je nach der nationalen Kultur, aus der die regionalen Fallbeispiele stammen. Im Gegensatz zu den anderen Staaten ist im deutschen Beispiel das Verhältnis von Global Player (VW) zum Territorium durchaus korporatistisch geprägt, durch Kooperation von Unternehmen und Staat. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass im Fall Wolfsburg eine Art Laborsituation mit künstlichen, also laborförmig produzierten Sonderbedingungen vorliegt. Sie ist nicht ohne weiteres verallgemeinerbar. Dennoch konnten an diesem Fall etliche Annahmen verifiziert bzw. falsifiziert werden und damit klarere Fragestellungen und Hypothesen für komplexere – „realistischere“ oder „normalere“ – regionale Konstellationen gewonnen werden.

Im Einzelnen wird untersucht, ob mit den neuen Rekrutierungsprozessen in der Automobilindustrie neue Belastungen für das Umfeld, für das Territorium, einhergehen und ob mit den veränderten Herausforderungen neue Unternehmensethiken entstehen und wie neue Steuerungsinstrumente mit Bezug auf die Schnittstelle zwischen Global Player und Territorium aussehen. Den Abschluss des Bandes bildet ein „Memorandum: Die territoriale Verantwortung des Unternehmens“.

Einem spezifischen Aspekt des Verhältnisses zwischen Global Player und Territorium gilt ein besonderes Interesse des Bandes, nämlich der *Organisation der alltäglichen Zeitstrukturen* am Ort und in der Region. Große Unternehmen haben Auswirkungen auf ihr soziales Umfeld, die den „Zeithaushalt“ aller Beteiligten zunehmend in Mitleidenschaft ziehen und in Turbulenzen bringen. Bekannt sind: das Chaos (ganz zu schweigen von den Umweltkosten) des täglichen Werksverkehrs und dessen Interferenz mit der betrieblichen Logistik; die tausendfach im Alltag erfahrene Unvereinbarkeit von Arbeitszeiten und Lebensbedingungen beschäftigter Männer und Frauen (woran die Kinder meist in besonderem Maße leiden), nicht zu vergessen die von den

Werksverkehren ausgehenden Belastungen der öffentlichen und privaten Infrastruktur und damit der großen Zahl davon tangierter Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Band wird hervorgehoben ein Modellvorhaben namens „ZeitWerkStadt“ geschildert, durch das nicht nur das Problembewusstsein der verschiedenen Akteure geschärft werden konnte; es konnten bereits die Bedingungen für präventive und sozialverträgliche Zeitabstimmungen zwischen Global Player und den Stakeholdern des Territoriums festgestellt und geeignete Instrumente solcher Abstimmung gemeinsam ermittelt und erprobt werden. Das zeitpolitische Thema ist auch Bestandteil des schon erwähnten abschließenden Memorandums, das sich wiederum in wesentlichen Teilen mit dem Inhalt des jüngst vorgelegten EU-Grünbuches „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“ deckt.

Es ist noch nicht selbstverständlich, dass die Beeinträchtigung des Zeitbudgets der privaten Haushalte und die dadurch entstehenden Zwänge bzw. zeitlichen und monetären Kosten in Untersuchungen des Wirkungszusammenhangs von dominanten Unternehmen und „ihren“ Territorien einbezogen werden.

Es ist daher zu wünschen, dass vom vorliegenden Band Anregungen ausgehen mögen, die dazu führen, dass diesem sozialpolitisch immer wichtiger werdenden Thema mehr analytische und politische Aufmerksamkeit zuteil wird.

Gerhard Stiens (Bonn)

Schulze, Peter M.: Regionales Wachstum und Strukturwandel. Quantitative Analysen mit Regionaldaten für die Bundesrepublik Deutschland.– Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften 2001. XIV, 112 S., Abb., Tab., Lit. =Schriften zur empirischen Wirtschaftsforschung, Bd. 4

Die Fragen, inwieweit es im Zeitverlauf zu einer wachsenden Konvergenz (oder aber: Divergenz) von Regionen kommt und welche Faktoren hierfür jeweils maßgeblich sind, haben mit der Einheit Deutschlands und in Anbetracht der bevorstehenden EU-Erweiterung erheblich an Bedeutung gewonnen. Das von Peter M. Schulze (teilweise unter Mitarbeit von Christoph Balz) vorgelegte Werk „Regionales Wachstum und Strukturwandel“ liefert dem Leser zahlreiche neue, empirisch

und ökonomisch fundierte Einsichten zu den genannten Fragen.

Ein Mangel des Werkes ist die ihm fehlende Geschlossenheit, die bereits darin zum Ausdruck kommt, dass der Verfasser neben der Frage nach dem Ausmaß der interregionalen Konvergenz (danach, ob ökonomisch schwächere Regionen im Zeitverlauf aufholen konnten) zusätzlich auch der Frage nachgeht, ob die Wirtschaft in einzelnen Regionen auf Grund des Wandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft („Tertiärisierung“) rascher als in anderen Regionen wächst. Dementsprechend stehen auch die einzelnen Kapitel recht unverbunden nebeneinander. Kapitel 2 und 3 befassen sich mit dem Einfluss steigender Skalenerträge bzw. des Dienstleistungssektors auf das regionale Wachstum, Kapitel 4 untersucht die Konvergenz von Regionen und die dabei von einzelnen Wirtschaftssektoren ausgeübte Rolle. Im Kapitel 5 werden „nationale, regionale und sektorale Einflüsse“ auf das Wirtschaftsergebnis dargestellt. Schließlich geht das 6. Kapitel (u. a. mithilfe einer Shift-Share-Analyse) der Frage nach, wie sich die sektorale Wirtschaftsstruktur auf das Wachstum einer Region auswirkt. Die Abschnitte „Einleitung“ und „Schluss“ fallen extrem kurz aus und sind nicht dazu in der Lage, eine verbindende Klammer um die fünf Hauptkapitel zu ziehen. Es wäre insbesondere wünschenswert gewesen, wenn im Schlusskapitel versucht worden wäre, allgemeine Schlussfolgerungen für die Frage nach Konvergenz versus Divergenz und ggf. den weiteren Forschungsbedarf abzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Einfluss der Tertiärisierung auf das Wachstum von Regionen werden (im Kapitel 2) die sog. Kaldor-Hypothesen empirisch getestet. Bereits in Anbetracht der vom Verfasser explizit erwähnten diversen kritischen Stellungnahmen zum Erklärungsgehalt dieser Hypothesen hätte es nahe gelegen, nach Möglichkeiten zu suchen, die Hypothesen zu verbessern. Dies überlässt der Verfasser jedoch dem Leser. Obgleich die durchgeführten empirischen Untersuchungen (mithilfe der linearen Regressionsanalyse) nur eine recht schwache Bestätigung der zweiten Kaldorschen Hypothese (wonach ein größeres Wachstum des Outputs im Verarbeitenden Gewerbe ein größeres Wachstum der Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe bedingt) ergeben, erfolgt auch im Anschluss an die Darstellung der empirischen Ergebnisse keine nähere inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kaldor-Hypothesen und den Möglichkeiten ihrer Erweiterung.

Bei seinen Untersuchungen zur interregionalen Konvergenz in Deutschland gelangt Schulze zu verschiedenen interessanten Ergebnissen, aus denen sich teilweise auch recht weitreichende wirtschaftspolitische

Konsequenzen ableiten ließen. So stellt der Autor u. a. mithilfe der Shift-Share-Analyse fest, dass Unterschiede im regionalen Wachstum eher durch branchenspezifische Eigenheiten (in Verbindung mit der regionalen Spezialisierung auf bestimmte Branchen) als durch regionale Bedingungen (spezifische Standortvorteile und Standortnachteile) bedingt sind. Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist, dass in Westdeutschland im Zeitraum von 1970–1995 eine Wachstumskonvergenz dahingehend zu verzeichnen war, dass die Arbeitsproduktivität in ärmeren Regionen höhere Wachstumsraten aufwies, als dies in den reicheren Regionen der Fall war. Allerdings war – dem Verfasser zufolge – die Konvergenz zwischen armen und reichen Bundesländern in Gesamtdeutschland seit 1991 deutlich stärker als die zuvor in den alten Ländern aufgetretenen Konvergenzprozesse. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses wäre zu berücksichtigen gewesen, dass die Herstellung der deutschen Einheit ein singuläres Ereignis mit ganz speziellen Ausgangsbedingungen war, zudem wurde und wird der „Aufbau Ost“ wirtschaftspolitisch ganz erheblich stärker unterstützt, als dies früher in Bezug auf aufholende Regionen in Westdeutschland üblich war. Es ist sehr fraglich, ob man die spezielle Situation der neuen Länder als Beleg für eine allgemeine Bestätigung von Konvergenztendenzen heranziehen kann. Zudem scheint der ostdeutsche Aufholprozess in jüngster Zeit ins Stocken geraten zu sein; Schulzes Daten enden aber bereits 1998, und auf die mit der regionalen Entwicklung in Ostdeutschland verbundenen Probleme finden sich in der Publikation keine Hinweise.

Wenig überraschend ist die empirisch ermittelte Erkenntnis des Verfassers, wonach Ausgleichsprozesse auf der kommunalen Ebene eher zu Gunsten der Umlandkreise von kreisfreien Städten abgelaufen sind, weniger zu Gunsten der sog. Randregionen (periphere Regionen mit größerer Distanz zu den wirtschaftlichen Zentren). Hier spiegelt sich zweifelsohne der allgemeine Suburbanisierungsprozess wider (was bei Schulze keine Erwähnung findet). Betrachtete man – was ökonomisch plausibler erscheint – die Kernstädte und ihre Umlandkreise als Einheiten und stellte ihnen die Randregionen gegenüber, so wäre im Gesamtergebnis eher eine Zunahme der Divergenz denn der Konvergenz festzustellen. Aus den vorgelegten Untersuchungsergebnissen eine Tendenz zum Ausgleich zwischen den Regionen abzuleiten, dürfte mithin insgesamt gesehen problematisch sein.

Martin T. W. Rosenfeld (Halle)

Bathelt, Harald (Bearb.); Glückler, Johannes (Bearb.): Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. – Stuttgart 2002. 319 S., Abb., Tab., Lit. = UTB für Wissenschaft 8217

Das soeben erschienene Lehrbuch „Wirtschaftsgeographie“ richtet sich in erster Linie an Geographen, Ökonomen, Sozial- und Politikwissenschaftler in Studium und Wissenschaft, deren Interesse sich auf den Zusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft und Raum richtet. Daneben sollen auch Unternehmer, Planer, Politiker und Praktiker angesprochen werden, die sich interdisziplinär mit den räumlichen Wirkungen wirtschaftlicher Prozesse beschäftigen und hierfür einen konzeptionellen Rahmen suchen.

Es ist den beiden Autoren gelungen, die überaus „trockene“ Wissensdisziplin übersichtlich und zudem auch spannend darzustellen, dies nicht zuletzt durch ausführliche Exkurse, die dazu beitragen, dass der Leser nach den theoretischen Ausführungen aus praktischen Beispielen seine Schlussfolgerungen für strategische, planerische und politische Aktivitäten von Akteuren in Unternehmen, Städten, Gemeinden und Regionen selbst ableiten kann.

Die Autoren verstehen das Lehrbuch nicht als eine Enzyklopädie, die ein statisches Gesamtbild der Wirtschaftsgeographie zeichnet. Vielmehr führen sie „einen konzeptionellen Diskurs wirtschaftsgeographischen Denkens mit dem Ziel, Studierende und Fachinteressierte aufgrund der Darlegungen von Begriffen, Konzepten und deren Implikationen zu einem kritischen und grundlegenden Verständnis von Wirtschaftsgeographie anzuregen“.

Das Lehrbuch führt zunächst in die wirtschaftsgeographischen Grundperspektiven ein. Anschließend werden die traditionellen Ansätze der Raumwirtschaftslehre dargestellt und kritisiert. Die Grenzen dieser Ansätze werden vor dem Hintergrund des Wandels internationaler Produktions- und Marktstrukturen sowie der Veränderungen des konzeptionellen Verständnisses von ökonomischem Handeln aufgezeigt. Abschließend stellt das Lehrbuch Leitlinien für eine rationale Wirtschaftsgeographie auf, die ein dynamisches Verhältnis sozioökonomischer Strukturen und Prozesse in räumlicher Perspektive ermöglichen.

Klaus Schliebe (Bonn)

Baitsch, Christof; Müller, Bernhard (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Center for Corporate Citizenship e.V., Eichstätt: Moderation in regionalen Netzwerken. – München, Mering: Rainer Hampp Verlag 2001. IV, 233 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Glossar

Seit Ende der 80er Jahre setzen Planung und Politik auf regionaler Ebene zunehmend auf die Initiierung und Stärkung regionaler Netzwerke als ein grundlegendes Element moderner Regionalentwicklung. Die einschlägige Politik bemüht sich darüber hinaus in den verschiedenen Ländern und Regionen, diese durch Initiierung und Intensivierung von *Innovationsnetzwerken* zur Förderung der Regionalentwicklung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang konnte eine grundsätzliche Abhängigkeit der Netzwerke von regionalen Besonderheiten festgestellt werden, wie: spezieller regionaler Problemdruck und dessen Wahrnehmung, besondere materielle Rahmenbedingungen, Vorhandensein regionaler Identität oder wirtschaftlicher Verflechtungen – oder nicht.

In vielen Regionen findet bereits heute eine interkommunale Zusammenarbeit in Form von Städtenetzen und Regionalkonferenzen Anwendung. Dabei handelt es sich um Zusammenarbeit von Verwaltungen, Planung und sowie von sonstigen relevanten Akteuren zur Einleitung und Gestaltung regionaler Entwicklungsprozesse, oft vor dem Hintergrund strukturpolitischer Diskussionen. Hierbei handelt es sich in der Regel um schwach geregelte Gremien oder Veranstaltungen, die regional abgestimmte Entwicklungsstrategien zum Ziel haben.

Netzwerke der Regionalentwicklung unterscheiden sich von Unternehmensnetzwerken in entscheidenden Punkten: Erstere haben mit einer recht heterogenen, intermediären Akteursstruktur mit sehr unterschiedlichen Interessen zu tun. Außerdem resultieren „Übersetzungsprobleme“ aus den starken Unterschieden zwischen den Kommunikationsstrukturen von Politik und Verwaltung, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Verbänden und Interessengruppen. Im Gegensatz zu den Unternehmensnetzwerken spielen hier öffentliche Akteure die zentrale Rolle. Diese unterliegen wiederum einem Legitimationsdruck gegenüber der Öffentlichkeit.

Dies alles und die jeweiligen Besonderheiten der regionalen Merkmale stellen besondere Anforderungen an das Management und die Moderation solcher Netzwerke. Moderation in Netzwerken besitzt grundsätzlich eine andere Qualität als die klassische Moderation von Gruppen. Sie beschränkt sich nicht auf die sozialpsychologische Begleitung, sondern umfasst auch eine inhaltliche und methodische Steuerung.

Dennoch setzt Regionalentwicklung heute mehr denn je auf kollektive Lernprozesse in innovationsorientierten Netzwerken. In der praktischen Netzwerkarbeit kommt der *Moderation eine Hauptrolle* zu, sowohl als *Netzwerkmanagement* als auch als *Innovationskatalysator*. Moderation in regionalen Netzwerken hat verschiedene generelle Zielsetzungen zu erfüllen: Sie soll

- flexibel auf unterschiedliche Erwartungen reagieren,
- die Balance zwischen Offenheit und Geschlossenheit sichern,
- ein Moderationskonzept verfolgen, das systematisch angelegt worden ist, und schließlich
- die Organisation der Selbstorganisation zum Ziel haben.

Zu den Voraussetzungen für Erfolg derartiger Moderation gehört zudem, dass

- Machtasymmetrien offen thematisiert werden,
- eine Balance zwischen Formalisierung und informeller Kooperation gewahrt wird,
- nicht beabsichtigten Wirkungen öffentlicher Programme ex ante abgeschätzt und aufgefangen werden und schließlich
- auf Gleichzeitigkeit und Gleichgewichtigkeit von Umsetzung auf der einen Seite und der Fortentwicklung strategischer Planung der Regionalentwicklung auf der anderen Seite geachtet wird.

Ziel des vorliegenden Bandes ist es, Akteuren in innovationsorientierten regionalen Netzwerken anwendbares Wissen zur Gestaltung von Kommunikationsprozessen in Netzwerken in knapper Form an die Hand zu geben. Die Publikation wendet sich sowohl an die Moderator(inn)en in diesen Prozessen als auch an andere Beteiligte, die fallweise über den Einsatz adäquater Methoden zu befinden haben. Zur besonderen Eignung für die beabsichtigten praktischen Zwecke tragen auch die Analysen verschiedener Fallstudien über ausgewählte regionale Netzwerke bei, mit denen eine Vielfalt von Anregungen bereitgestellt wird und Optionen aufgezeigt werden.

Gerhard Stiens (Bonn)